

# In der Verfassung kaum vorgesehen

## Der britische Prinzgemahl ist es nicht gewohnt, seine Zunge zu hüten

LONDON, 15. Mai (dpa). In schon fast regelmäßigen Abständen schafft es Prinz Philip, der 61 Jahre alte Gemahl der britischen Königin, mehr oder weniger viele Briten gegen sich aufzubringen. Nun hat er der Öffentlichkeit auch Überlegungen zur Atombombe unterbreitet und dabei nach der Überzeugung der Labour-Opposition endgültig die Grenze dessen überschritten, was für alle Mitglieder des Königshauses gilt: In derartige Grundfragen der Nation habe sich der Prinz nicht einzumischen, meinen seine Kritiker.

Doch hatte Prinz Philip offenbar gar nicht einseitig argumentieren wollen: Die Bombe sei zur Erhaltung des Weltfriedens notwendig, meinte er, aber es sei sinnlos, mehr als ein Minimum davon zu haben. Das aber konnte die Befürworter der sogenannten Nachrüstung ebensowenig freuen wie die Befürworter einer einseitigen nuklearen Abrüstung (die in der Labour Party die Mehrheit haben). Verstanden allerdings wurde Philips Kommentar als Unterstützung der konservativen Regierungspartei — es wäre auch das erste Mal gewesen, daß er seinen „gesunden Menschenverstand“ für die politische Linke hätte walten lassen.

Der Prinzgemahl hat hämische Bemerkungen über Karl Marx und über Arbeitslose gemacht, über die Sexualerziehung an den Schulen und über sogenannte studierte Leute — er selbst war von der Schule direkt zur Marine gegangen und hatte sich als Leutnant mit der damaligen Kronprinzessin verlobt. Vom Labour-Abgeordneten Willie Hamilton war er einmal „Die große weiße Hoffnung der Mittelklasse“ genannt worden.

In Südamerika sagte Prinz Philip einmal einem Diktator, es sei eine erfreuliche Abwechslung, sich in einem Land aufzuhalten, das nicht vom Volk regiert werde, sondern in dem die Regierung entscheide, was zu tun sei —

und dann werde es auch getan. Im vergangenen Jahr wurde er beim Besuch eines Entbindungsheimes auf den Salomoninseln über eine hohe Geburtenrate dortzulande informiert und fauchte ohne Nachdenken los: „Ihr müßt von Sinnen sein!“

Kommentatoren und Verfassungsjuristen haben sich nach den jüngsten Äußerungen über die Atombombe wieder einmal darüber gestritten, welche Rechte die Monarchie eigentlich noch habe. Die Briten leben, man weiß es, ohne eine geschriebene Verfassung — das Verfassungsrecht ist, wie es der „Guardian“ formulierte, ein komplexes und nebulöses Gebiet: ein Mann wie der Prinzgemahl sei darin kaum vorgesehen, und ein Gesetz, das ihm irgendwelche Äußerungen verbieten könnte, gebe es nicht.

Die Königin, so heißt es, habe längst die Hoffnung aufgegeben, ihr Mann könnte sich den strengen Maßstäben unterwerfen, die sie für sich gelten lasse. Was sie sagt, ist in aller Regel von der Regierung formuliert oder gebilligt worden. „Meine Regierung wird . . .“, das ist die Standard-Floskel zum Beispiel in den Thronreden, die im Grunde Regierungserklärungen sind.

Im Buckingham-Palast allerdings wird betont, daß Prinz Philip keine Staatspapiere zu sehen bekomme, daß ihm kein Minister irgendeine Linie empfehle und daß deshalb kaum die Möglichkeit bestehe, ihn wirksam zu dirigieren. „Er glaubt“, sagte ein Hofbeamter in der Auseinandersetzung um die Äußerung über die Atombombe, „daß er das Recht hat, seine Ansichten zu vertreten“.

Manche Verfassungsrechtler sind der Überzeugung, der Streit um Prinz Philip sei irrelevant: „Was der Herzog von Edinburgh sagte“, hieß es einmal in einer Stellungnahme, „fällt in die gleiche Kategorie wie die Entscheidung der Königin, welchen Hut sie tragen will.“